

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz)
Verlag
H. Greter, Industriehalle
Kiechbühl-Gürli
Vollsendungen
franco gegen franco.
Gedruckte Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
desen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
Vorwärtsjahre.
Preisjahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Grosband)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Grosband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die dreispaltige Zeile:
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 3.

Sonntag, 2. November.

1879.

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich zu verlesen ist, beim Postamt wird und die dortigen
Verleger die alle Maße geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Briefums- und sonstige Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Sorgfalt im Postverkehr notwendig und
dort keine Vorkehrungsmaßregel vernachlässigt werden, die dem Empfänger über den wahren Abnehmer und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schaden. Hauptverkehrszeit ist stets ein Freitag, das unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch uns möglichst vollständige Adressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beinahe größeres
Vorsicht bei Bestimmung. Kommt an uns liegt, werden wir gewiß mehr Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

An die deutschen Parteigenossen!

Freunde und Gesinnungsgenossen!

Nachdem es uns durch Schaffung eines gemeinsamen Parteiorganes wieder möglich geworden ist, zu einander zu reden und unsere Partei-Angelegenheiten, soweit sie sich unter den heutigen Umständen für die Öffentlichkeit eignen, öffentlich zu behandeln, wird es eine unserer ersten Aufgaben sein müssen, in ausgedehnterem Maße als bisher für diejenigen Genossen zu sorgen, die ihrer Ueberzeugung wegen ins Gefängnis geworfen, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes aus ihrer Heimath und von ihrem Gewerbe getrieben und sonstwie durch politische Maßregelungen ihrer Existenzquellen beraubt worden sind. Die Zahl unserer Jahrgenossen ist noch immer groß und wie die Dinge jetzt liegen, kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß sie sich eher vermehren, als vermindern wird.

Und die Zahl der Ausgewiesenen — der Opfer des Berliner Belagerungszustandes — nimmt fortwährend zu. Das Jahr, für dessen Dauer der Belagerungszustand proklamiert wurde — eine längere Frist läßt das Gesetz nicht zu — ist in wenigen Wochen abgelaufen, und die Regierung will ihn verlängern. Die Massenauweisungen, zu denen sie plötzlich wieder gegriffen hat, haben zum Hauptzweck, wo nicht zum einzigen Zweck, im Publikum den Glauben an eine Gefährdung des öffentlichen Friedens durch die Sozialdemokratie zu verbreiten und die öffentliche Meinung der geplanten Verlängerung des Belagerungszustandes günstig zu stimmen. Vielleicht hofft man auch, durch die massenhaften Ausweisungen, die uns bedeutende Geldopfer auferlegen, die Partei, der man sonst nicht beikommen kann, müde zu machen. Auffallend ist jedenfalls, daß die Polizei sich regelmäßig Familienväter aussucht.

Ueberhaupt ist die Situation eine solche, daß wir auf eine Verschärfung der Reaktionsmaßregeln und auf ausgedehntere Verfolgungen gefaßt sein müssen!

Da gilt es, das Gefühl der Solidarität im vollsten Maße zur Geltung zu bringen. Alle für Einen, Einer für Alle — war stets die Losung unserer Partei, und stets wurde es als heilige Pflicht anerkannt, den Gefangenen, ausgewiesenen und sonst von den Verfolgungen des Polizeistaates betroffenen Genossen helfend zur Seite zu stehen und ihnen die Sorge um die Familie abzunehmen.

Wir wissen wohl, daß unter den obwaltenden Verhältnissen es keine beträchtlichen Schwierigkeiten hat, für solche Zwecke Geld zusammen zu bringen; aber es muß geschehen und an den Opfermuth der deutschen Sozialdemokraten ist noch niemals umsonst appelliert worden! Seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes hat bisher die Unterstützung auf vergleichungsweise wenigen Schultern gelastet. Das Gros der Genossen konnte nicht herangezogen werden. Dies kann und muß nun geschehen. Einzelnen darf nicht überlassen bleiben, was Sache der Gesamtheit ist. Und für Einzelne ist auch die Last zu groß.

Genossen, Freunde! Jeder von Euch hat die Pflicht, für die Opfer des Kampfes einzutreten. Und von Jedem von Euch erwarten wir, daß er seine Pflicht erfüllt.

Jeder muß beisteuern, soweit seine Kräfte reichen! Jeder muß in seinem Kreise zur Pflichterfüllung anspornen!

Freunde! Sammelt in allen Fabriken und Werkstätten, wo Ihr wißt, daß sich treue Genossen finden. Sammelt, wo sich die Gelegenheit bietet! Sammelt überall mit Eifer und — mit Vorsicht.

Mit Vorsicht, — denn obgleich das Sammeln nicht gegen das Gesetz verstößt, so ist es doch gut, überflüssige Konflikte mit den Polizeibehörden zu vermeiden. Damit aber auch der Ertrag der Sammlungen seiner richtigen Bestimmung zugeführt werde, empfiehlt es sich, das gesammelte Geld an die Euch als zuverlässig bekannten Adressen in Deutschland zu schicken. Wer keine ganz zuverlässige Adresse hat, der erkundige sich bei der Redaktion des „Sozialdemokrat“, die ihm gern die nöthige Auskunft ertheilen wird.

Zur besseren Kontrolle möge bei jeder Sendung bemerkt werden, unter welchem Zeichen die Quittung im „Sozialdemokrat“ erfolgen soll.

Gebt Jeder sein Scherlein, damit unsere Nachkommen nicht sagen können, wir hätten, durch Verfolgungen eingeschüchtern, unsere Freunde in der Noth verlassen, in die sie gerathen sind, weil sie für unsere Sache gewirkt.

Die, welche sich für uns geopfert, haben ein Recht auf unsere Unterstützung!
Kein weiteres Wort mehr! Thue Jeder seine Schuldigkeit!

Deutschland, den 24. Oktober 1879.

Sozialistischer Arbeiterkongress zu Marseille.

I.

Indem wir uns ein Resümé über die Arbeiten des Kongresses, eine Beurteilung, wie er seiner Aufgabe gerecht geworden und welche Bedeutung er für die Sache der französischen Arbeiterklasse wie des Proletariats aller Länder beanspruchen darf, für den Schluß vorbehalten, wollen wir unsern Genossen vorerst fortlaufend Bericht erstatten über die Verhandlungen des Kongresses, und zwar thun wir dies in der Hauptsache nach dem vom Kongress selbst herausgegebenen „Bulletin officiel“, benutzen jedoch in Einzelheiten auch uns zugekommene spezielle Mittheilungen. Daß wir bei dieser, wenn auch nöthwendig vielfach etwas summarischen, Berichterstattung den Kongressverhandlungen nicht so schnell zu folgen vermögen, wird man sehr begreiflich finden, wenn man einerseits unsern beschränkten Raum und andererseits die Thatsache erwägt, daß der Kongress während 14 Tagen ununterbrochen tagt und täglich Sitzungen abhält. Die Bourgeois- und Arbeiterpresse aller Parteien wird freilich schneller fertig, da sie nur auf „senationelle“ Ereignisse ausgeht, für die erst die Gedankenarbeit der Arbeiterdelegirten aber kein Verständniß hat und „die bekannten Klagen der Arbeiter“ über ihre Lage natürlich höchst „uninteressant“ und nicht des Berichtens werth findet.

Für uns Sozialisten aber sind die Marseiller Verhandlungen von großem Interesse, weil sie uns Einblick in die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung, die in der sozialen Revolution eine bedeutende Rolle spielt, gewähren. Daß die Klärung der Geister in der französischen Bewegung leider noch nicht soweit gediehen ist, daß greifbare Thaten zu erwarten sind, darf uns nicht abhalten, dem Kongress unsere volle Aufmerksamkeit zuzuwenden; denn gerade die jetzige Entschlunftsphase, die in manchem an die nach Gestaltung ringende deutsche Arbeiterbewegung um 1862 erinnert, ist von größtem allgemeinen Interesse. Einer unserer französischen Genossen, der die Verhältnisse genau kennt und ihnen aufmerksam folgt, präzisirt den Dienst, welchen der Marseiller Kongress der französischen Arbeiterklasse leisten wird, dahin, daß er „proklamatorisch“ wirken werde. Ein Prinzip aber einmal formulirt (was bisher hinsichtlich des modernen Sozialismus in Frankreich keineswegs der Fall war) und proklamirt, ist schon viel gewonnen und mehr als anderwärts in Frankreich.

Uebrigens bietet von den seitherigen Versammlungen das weit aus größte Interesse die erste Sitzung, welche wir daher auch etwas ausführlicher behandeln. Die minder wichtigen Referate und Diskussionen werden wir dafür um so summarischer behandeln und so eine ganze Reihe von Sitzungen mit Einem erledigen.

Nachdem am 19. Novbr. eine geschlossene Delegirten-sitzung stattgefunden hatte, in welcher sich nach dem Vorgang des Bürger Bernard eine Reihe von Delegirten, u. A. der von St. Etienne und einer von Paris, als Kollektivistin erklärt und Bernard als notwendige Voraussetzung zur schließlichen Erreichung des Kollektivismus die Bildung einer großen Arbeiterpartei bezeichnet hatte, — fand am 20. Oktober die erste öffentliche Sitzung statt. Das Kongresslokal, der Saal des Folies-Bergeres, war hinreichend mit rothen Bannern, sozialistischen Emblemen und Inschriften („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, „Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten“, „Der Boden dem Bauer, das Arbeitswerkzeug dem Arbeiter“, „Emanzipation der Arbeiter durch die Arbeiter selbst“ etc.) gefest und über dem Bureau befand sich die Blüthe der Freiheit mit der phrygischen Mütze und rothen Schärpe. In Gegenwart von 110 Delegirten (wovon eine Anzahl Frauen), einer großen Anzahl von Präferenten und eines viele Hunderte zählenden Publikums eröffnete Bar. Laffet den Kongress mit einer kurz-fassen, worauf die Präsidentenwahl vorgenommen wurde und nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden Vgr. Durand zur Berichterstattung im Namen der Beschlusskommission des Lyoner Kongresses das Wort erhielt.

Durand berichtete über die Anstrengungen, welche die Kommission zur Ausführung der Beschlüsse des Lyoner Kongresses gemacht, und namentlich über die vergeblichen Schritte, welche sie gethan, um verschiedene Mitglieder der Abgeordnetenkammer für die Sache der Arbeiter und die Beschlüsse des Kongresses zu interessieren. Der einzige Konnet-Duverdier ließ seine Unterstützung, war aber infolge seiner pretenziösen Stellung in der Kammer ohnmächtig. So konnten weder die Beschlüsse hinsichtlich eines Normalarbeitstages und die über die Reorganisation der Schiedsgerichte (prud'hommes), noch die hinsichtlich der Vereins- und Versammlungsfreiheit ausgeführt werden; nur die Forderung nach obligatorischem, unentgeltlichen Lateinunterricht fand Anklang bei den bürgerlichen Republikanern. Dagegen hatten die Beschlüsse, deren Verwirklichung Sache der Arbeiter selbst war, wie die Errichtung von Syndikatskammern und deren Verbindung, die Gründung von Kooperativgenossenschaften, von Unterstützung und Invalidenkasien, Arbeitsnachweiskureau etc. sowie die Schöpfung einer Arbeiterpresse mehr Erfolg, und ist in allen diesen Richtungen während des vergangenen Jahres viel geschehen.

Was speziell die Arbeiterpresse betrifft, so erklären gegenwärtig aller Hindernisse ungeachtet, zwei sozialistische Blätter: die Lyoner „Reforme politique et sociale“ und der Pariser „Proletaire“.

Nachdem der Berichterstatter noch eine Uebersicht der Kassenlage des Lyoner Kongresses gegeben, setzte er das total unzulängliche der bisherigen Organisation der französischen Arbeiter in den Syndikatskammern auseinander und schloß mit folgenden treffenden Worten: „Man muß zu der Erkenntniß kommen, daß dem französischen Volk, um allmächtig zu sein, nichts fehlt, als der Zusammenhang, die Einigkeit, das Band, welches die verschiedenen Theile des Volkes zusammenknüpft. Mit Ausnahme von feierlichen Gelegenheiten, wie diejenige, welche uns jetzt vereint, haben unsere Arbeitervereine nur wenig Verbindung von Ort zu Ort und von Gegend zu Gegend. Unter diesen Umständen bleiben all unsere Kraftanstrengungen, so energisch sie auch sein mögen, ohnmächtig, weil sie vereinzelt sind. Das einzige Heilmittel für einen solchen Zustand der Dinge liegt in der Schaffung einer Arbeiterpartei, wie sie bereits in mehreren Nachbarstaaten existirt. Wenn die Arbeiten des Marseiller Kongresses zu diesem Resultat führen würden, wenn aus dessen Beratungen ein Programm der sozialen Rückforderungen hervorginge, welches als eine Fahne für das ganze Proletariat anerkannt werden könnte, um welche wir von allen vier Enden des Landes Manifestationen der Arbeiteridee sammeln könnten: dann dürften wir hoffen, daß die zur Ausführung Eurer Beschlüsse zu wählende Kommission in der Erfüllung ihrer Pflicht erfolgreicher sein würde, als wir es waren, und daß sie in einer nächsten Session mit wirklichen, greifbaren Fortschritten vor Euch treten könnte.“

Hierauf erbielt Bürger Lombard das Wort zur Berichterstattung namens des Ausschusses zur Organisation des gegenwärtigen Kongresses. Dieser Bericht, welcher eine getreue Schilderung des gegenwärtigen praktischen und namentlich auch des prinzipiellen Standes der französischen Arbeiterbewegung gibt, ist bis zur Stunde entschieden das Beste, was auf dem Kongress zum Vortrag gekommen und wir bedauern nur, daß uns unser Raum nicht die Mittheilung des größten Theiles desselben gestattet und wir uns lediglich mit einem Resümé und einigen Auszügen begnügen müssen. Der Bericht schildert in markigen Zügen die Entwicklung der politischen Lage Frankreichs seit dem Lyoner Kongress, des Einflusses derselben auf die Arbeiterklasse und der Pflichten, welche sie den fortgeschrittenen Arbeitern und vor allem den mit deren Interessenwahrnehmung betrauten Organisatoren des jetzigen Kongresses auferlegte. Zur Charakterisierung des entwickelten Standpunktes dieser Männer genügt eine Stelle aus dem von ihnen verfaßten und im Februar ds. Jrs. in 20,000 Exemplaren durch ganz Frankreich verbreiteten Manifest zur Vorbereitung auf den Kongress, welche also lautet: „Es ist von größter Wichtigkeit, daß der Marseiller Kongress eine fruchtbringende kollektivistische Idee entwickle, welche der wahre Ausdruck unserer Bestrebungen und Bedürfnisse ist, für welche sich das ganze Proletariat erwärmen und welche es als sein wahrhaftes, umgestaltendes Programm, dessen Grundlagen auf dem wissenschaftlich nachgewiesenen unauhaltbaren Fortschritt ruhen, anerkennen kann... Seit wir die Republik, die einzige Staatsform, unter welcher sich dieser Fortschritt friedlich und allmählig vollziehen kann, definitiv erobert haben, fragen wir uns freis laut: Welche Reformen sind geschaffen, welche Mißbräuche abgestellt, welche Ungerechtigkeiten gütgemacht worden? Was haben wir Proletarier von der Regierung unserer Wahl empfangen, für welche wir soviel gethan, soviel geopfert haben? Und die Antwort lautet: Nichts, gar nichts! Ist es nun nicht endlich Zeit, daß wir, nachdem die besiegten Parteien in der Auflösung sind, die unsrige konstituieren, daß wir ins Leben rufen, was wir ein Recht zu erwarten haben, damit der vierte Stand sich behauptet im Kampf gegen die gegenwärtigen Ungleichheiten, wie einst der dritte Stand die Vorrechte der beiden alten Stände: des Adels und der Geistlichkeit siegreich bekämpfte konnte? Wir beanspruchen nicht, gleich der Bourgeoisie von 1789 aus nichts alles zu werden; aber was wir wollen, ist Recht, Gerechtigkeit und Gleichheit für Alle. Wir wollen beweisen, daß die Gesellschaft ungerecht ist gegen die große Masse. Was wir fordern, ist billig, wie die von uns zur Besserung unsres Looses vorgeschlagenen Mittel vernünftig, praktisch und friedlich sind.“

Der Bericht erwähnt dann die große Anzahl der auf dies Manifest eingelaufenen Zustimmungsschreiben von Arbeitervereinigungen aus allen Theilen des Landes und der Einfindung von mehr als 500 Anträgen zur Tagesordnung, welche von der Kommission zu dem, dem Kongress vorliegenden Traktandenprogramm ausgearbeitet wurden. Ueber die bei dieser Ausarbeitung maßgebenden Gesichtspunkte drückt sich der Bericht folgendermaßen aus: „Wir mußten uns auf die Höhe der Ideen der Gegenwart stellen, ohne ihnen weder vorauszuweisen, noch auch hinter ihnen zurückzubleiben. Mit Einem Wort: unser Programm mußte einen fühlbaren Fortschritt gegen den Lyoner und Pariser Kongress darstellen. Indem man es las, mußte man dem Erwachen des Sozialismus gewissermaßen den Puls fühlen und sich so von seiner tiefen Lebenskraft und von seiner gewohnten Energie über-

agen, welche die Niederlagen des Proletariats von 1871 nicht zugleich mit den 30,000 unserer Brüder in die Grube senken konnten. Es giebt eine Doktrin, welche unter dem Namen des Sozialismus die Tradition der Revolution fortsetzen und die Gesellschaft auf rationalen und wissenschaftlichen Grundlagen aufbauen will. Diese Doktrin, welche die Bewegungen von 1832, 1848 und 1871 hervorgerufen hat, bewegt — von Millionen menschlicher Wesen aller Klassen, vor allem aber von der Arbeiterklasse bekannt — gegenwärtig die Geister, erregt die Gefühle und erhebt sich in der Verneinung der Regierungen und Autoritäten, wie in den Besagungen der Wissenschaft gegen die alte Welt und die alten Ideen: gegen die Autorität, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Monopolisierung des Arbeitstrags durch die, welche nicht arbeiten, die finanzielle Erpressung, die intellektuelle, ökonomische und politische Anarchie, das Joch der Klassen, die Ungleichheit der Stellung, die Unsolidarität der Interessen und die Selbstsucht der Herrschenden! Ihr Zweck ist, den Menschen, ganz in Uebereinstimmung mit der Forderung des Rechts und der Gerechtigkeit, wieder in einen harmonischen Zustand zu versetzen und ein soziales Gebäude aufzurichten, unter welchem der Arbeiter Zukunft findet vor der Unwissenheit, der Unsicherheit von heute auf morgen und dem Elend unter allen seinen Gestalten.

Die vereinigte Arbeit einiger Denker und der Proletarier selbst hat die gerechten und vernünftigen Forderungen der Arbeiterklasse formuliert und aus jener Doktrin eine Wissenschaft geschaffen. Mögen uns die Gelehrten der Bourgeois-Politik, doch nicht mit der Absicht kommen, daß diese soziale Wissenschaft unbegreiflich und unbeweisbar sei, daß sie unter den Händen der Kritik vergehe, daß sie utopisch und widersinnig sei. Wer sie so beurtheilt, kennt sie einfach nicht. Im ersten Augenblick möchte es scheinen, als ob die soziale Wissenschaft oder der Sozialismus (denn beide Worte bedeuten sich) unnütz wäre in dem Kampfe, welchen wir zur Behauptung unserer Rechte unternehmen. Das wäre aber ein schwerer Irrthum, und ein einziger Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft genügt, um uns von ihm zu überzeugen. Wenn die Regierungen nicht jedesmal, so oft das Proletariat sein Loos verbessern will, alle möglichen Hindernisse schaffen würden, wäre die Lage des Proletariats ohne Zweifel (den heutigen ökonomischen Gesetzen gemäß) ebenfalls eine schlimme; aber sie würde sich nach dem Grad der Entwicklung der Ereignisse modifizieren. So aber kann das nicht geschehen. Somit das Proletariat einen Schritt vorwärts thun will, fesseln es die Regierungen, lassen seine Kongresse auf, beunruhigen seine Syndikatskammern und Gewerkschaften, fesseln seine Vereine, berauben seine Zusammenkünfte und legen sich für das herrschende politische und ökonomische System dergestalt ins Zeug, daß dem Proletariat jede befreiende That unmöglich ist, ohne daß alle obrigkeitlichen Gewaltthätigkeiten: die Armeen, die Gerichte, die Pfaffen, die Verwaltung und alle Gefängnisse sich gegen es erheben. Deshalb müssen wir auf den Trümmern der heutigen herrschenden Klassen eine neue soziale Organisation errichten, in welcher wir unsere Kräfte entfalten und für unsere politischen und ökonomischen Bestrebungen kräftig eintreten können. Einen organisierten Arbeiterstand zu schaffen, das muß unser Hauptaugenmerk sein; der vierte Stand muß sich befreien und an die Stelle des bis heute allmächtigen dritten Staats treten.

Die Nothwendigkeit der Organisation einer von allen übrigen politischen Parteien vollständig getrennten und alle nach einer tiefgehenden Umgestaltung der Lage ihrer Klasse ringenden, Arbeiter umfassenden Arbeiterpartei ist somit erwiesen. Der Arbeiterkongress von Marseille würde sich an dem ganzen Proletariat schwer vergehen, wenn aus seinen Stützen nicht die Arbeiterpartei hervorginge! Alles will, alles fordert die Organisation dieser Arbeiterpartei, welche ein Bedürfnis der Zeit ist und eine Nothwendigkeit für das Proletariat, das sich wieder und demüthigt gegen den alten Zustand der Dinge erheben und ihn stürzen muß. Ihr, Bürger, könnt durch eure Arbeiten der Arbeiterklasse den Weg bahnen, auf welchem sie den Fesseln, die sie bedrücken, entgehen kann. Aber ihr müßt ein einheitliches Programm unserer nothwendigen Forderungen aufstellen, sonst wird die Arbeiterklasse bleiben, was sie jetzt ist: schwach, ohne Selbstbewußtsein und Zusammenhang! Das könnt ihr aber vermeiden. Schon zu lange sind wir von den falschen Aposteln der Freiheit, von den fahrenden Rüstern der Politik, den Herrschenden aller Art und den Regierungen jeder Sorte betrogen worden, als daß wir uns um kleiner Meinungsverschiedenheiten hätten sollten. Sehen wir von unsern persönlichen Liebhabereien ab und lassen wir uns aus dem Marceller Arbeiterkongress eine greifbare Idee hervorgehen, dann wird sich das Proletariat, das sein Blut auf allen Schlachtfeldern des Despotismus vergossen hat, siegreich erheben und den Anbruch der Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit herbeiführen, welche der Ausdruck der sozialdemokratischen Republik sind, die zu errichten unser Endziel ist!

Dieser treffliche Bericht wurde erst von lebhaftem Beifall unterbrochen und am Schluß von stürmischen, nicht endenwollenden Beifallsrufen überschattet. Und zum Zeugniß, daß der Kongress die sozialistischen Gesinnungen Lombards theilte, wurde auf des letzteren Antrag sofort einstimmig beschlossen, den Kongress „Sozialistischer Kongress von Frankreich“ zu nennen. Hierauf gab Bürger Moulet einen Bericht über den Stand der Kooperativgenossenschaften und Syndikatskammern, welchem wir natürlich nicht genauer folgen können. Wir konstatieren nur, daß diesem Bericht zufolge in Frankreich mehr (politisch bisher allerdings nicht ins Gewicht fallende) Arbeiterorganisationen, welches gute Kadres für eine kommende Arbeiterpartei geben können, existieren, als man bisher auswärtig annahm. So hat Marseille 35 Syndikatskammern und eine Anzahl Vereine „Sozialer Studien“, Bordeaux 14, Toulouse 14, Vicane 12, Lyon 45, dazu mehrere Soz. Stud.-Vereine, Paris 87 Synd.-Kammern, 24 Produktions- und 25 Konsumvereine, eine sozialistische Bibliothek, 3 Soz. Stud.-Vereine, einen Frauenrechtsverein, eine allgemeine Arbeiterunion (welche den „Proletaire“ herausgibt) &c. Der Redner schließt mit dem Hinweis, daß die vorgebrachten unvollkommenen Zahlen doch das Eine beweisen, daß das Proletariat, welches so lange unter einer unmoralischen Erstarrung gelegen habe, allmählich aus seiner Lethargie erwache und durch Wort und That zeige, daß es bereit ist zu einer friedlichen, aber gewaltigen sozialen Revolution, welche es in das ersehnte Land der Emancipation der Arbeiterklasse führen werde.

Nachdem nun Begrüßungsadressen aus Bukarest, Neapel und von ruthenischen Sozialisten in Genf verlesen worden, wurde zur Wahl der Ausschüsse geschritten und hierauf die Sitzung geschlossen.

Sozialpolitische Rundschau.

Das von uns neulich charakterisirte diplomatische Spiel mit dem deutsch-österreichischen Bündniß wird noch immer lustig fortgesetzt und treibt seine giftigen Blüthen in den verwickeltesten chauvinistischen Kombinationen der „großen“ Presse und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen Vertrauenslosigkeit, Unsicherheit und Verschärfung der verderblichen Nationalgefühle. Interessant und bezeichnend für die rapiden Fortschritte, welche die, durch den Revolutionär wider Willen Bismarck glücklich eingeleitete Vernichtung der kaiserlichen Legitimität in Deutschland und anderwärts gemacht hat, ist die neuerliche Enthüllung der Vorgeschichte des Wiener Besuchs. Danach wollte Kaiser Wilhelm durchaus nicht, von seinem Erbfeind, dem Vaterhahn an der Renna lassen, wurde in dessen von Bismarck hierzu gezwungen. Dieser machte nämlich mit seinem „Freund“ Androssy in Wien die neue Wendung in der Politik sozusagen privatim ab und schickte dann den Graf Stollberg zum Kaiser, um diesen — wie schon verschiedenen Male — kurzweg vor die Alternative zu stellen: entweder Bismarck den Willen zu thun oder ihm sofort seine Entlassung zu geben. Da der Kanzler nun der Fürst des Erfolges ist und er überdies vortrefflich verstanden hat, alles von sich in Abhängigkeit zu bringen und die Geschäfte so vollständig zu verwirren, daß sie nicht so gleich ein anderer übernehmen kann, so konnte der Ausgang der Stollberg'schen Mission natürlich nicht zweifelhaft sein. Der „Kaiser und Herr“ gab nach und verbürgte sich, wenn auch „mit schweren Herzen“, durch Unterzeichnung des neuen Bündnisses mit seinem Wort für dessen ewige Einhaltung. Wer ist nun da der „Herr“? Indes, was geht's uns an — han wir doch unsre Freud daran!

Da übrigens gerade wieder viel von Fürstworten die Sprache ist und das ganze Vertrauen auf die „gegenwärtige“ Wirksamkeit des neuen Bündnisses eigentlich zunächst auf ihnen beruht, so dürfte es doch an der Zeit sein, einen kleinen, aber interessanten Beitrag zu diesem Kapitel größeren Kreisen zugänglich zu machen. In einer jüngst erschienenen, aber angereicherter wenig hinausgedrungenen Schrift des „Urwelken“ und intimen Freundes des braunschweigischen Hofes, Obergerichtsadvokat Dr. Dedekind in Wolfenbüttel („Erdörterungen über die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig und Streitrichter über Erfüllung des sogen. göttlichen Berufes für Deutschland durch Preußen“), findet sich folgende hübsche Geschichte:

„Bekanntlich hatte man in den Revolutionstagen des Jahres 1848 in Berlin sogar die Grundbesitzungen des damaligen Kronprinzen von Preußen für Nationaleigentum erklärt, ja der hohe Herr mußte, seines Lebens in Berlin nicht mehr sicher, vor der Volkswuth flüchten. Ernst August, der alte König von Hannover, nahm ihn in seinem Palais zu Herrenhausen gastlich auf und verbarg ihn hier gegen 14 Tage lang, bis er sich von dort sicher weiter nach England flüchten konnte. Bei seinem Abschied von Herrenhausen sprach der damalige Kronprinz, jetzige König von Preußen, gegen den alten König seinen Dank mit den ergreifenden Worten aus: „Ich weiß es in der That nicht, wie ich Dir je dafür danken soll, daß Du mir so das Leben gerettet hast.“ — worauf ihm der edle Preis einfach erwiderte: „Nimm Dich nach meinem Tode meines blinden Sohnes an.“ Ein fester Händedruck sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu und so schieden die beiden Herren, von einander. Dieses Zwiegespräch weiß ich aus ganz sicherer Quelle. Dasselbe läßt sich noch heutigen Tages vollkommen konstatieren.“

Damit nun der Historie auch ihr moralisch Ende nicht fehle, wollen wir nur hinzufügen, daß der „blinde Sohn“ der spätere König Georg von Hannover, der fürstliche Flüchtling von 1848 aber der jetzige deutsche Kaiser ist und daß bekanntlich der letztere den erstern 1866 entthronte und sein Land der Krone Preußen einverleibte. Wie wohlthuend ist nicht die unverbrüchliche Festigkeit und Bewußtheit fürstlicher Worte in der Verhältnisse ewigem Wandel und wie sicher sind Friede- und Glück der Völker auf sie gebaut!

Dem guten deutschen Volk beginnen über die Segnungen der famosen Bismarck'schen „Wirtschaftsreform“ bereits die Augen nicht nur auf, sondern auch übergehen. Als durch den neuen Zolltarif dem Volk ganz unerhörte indirekte Auflagen gemacht wurden, vordröhte es die Regierung theils auf die unter dem neuen „nationalen Wirtschaftssystem“ sicher eintretende ökonomische Prosperität und Lohnsteigerung, theils auf den projektierten Wegfall bisheriger direkter Staatssteuern oder wenigstens deren Ueberweisung an die Gemeinden. Von all diesen Versprechungen aber hat sich bis jetzt keine einzige bewahrheitet und konnte sich auch nach Lage der Sache nicht bewahrheiten. Von der vorhergehenden Periode wirtschaftlicher Prosperität ist noch kaum das Morgengrauen zu erblicken und die Arbeitslosigkeit ist eben so groß, als die Löhne klein geblieben sind. An eine Aufhebung der Steuern denkt im Ernst kein Mensch mehr; dafür aber ist die Einführung neuer Steuern zu den bisherigen und den indirekten des Zolltarifs desto sicherer.

In Bayern ist der Malzausschlag verdoppelt und dadurch eines der landesüblich wichtigsten Lebensmittel erheblich verteuert worden. Trotzdem aber ist das vorhandene Defizit noch nicht im entferntesten gedeckt, und wird eifrig nach neuen Einnahmen, d. h. Steuerquellen gesucht. Sogar die Einführung der anerkannt unmoralischen und verderblichen Staatslotterie in Bayern wurde bereits in Aussicht genommen. Wer weiß, ob man, da die Finanzkünstler in Bezug auf die Herkunft der in den Staatskassen fließenden Gelder bereits jeden Scrupel verloren haben, nicht auch noch zu einer Besteuerung der Prostitution und ähnlicher reinlicher Einkommenquellen greifen wird. — In Preußen trägt man sich mit der Einführung einer Schanflächsteuer, welche nicht weniger als 100 Mark jährlich pro Wirtschaft betragen soll, welcher Betrag natürlich entweder den Wirth ruinieren oder aber auf die Konsumenten abgewälzt werden muß.

Dazu kommt noch die Verteuierung des Brodes durch die bereits in Aussicht der Einführung der Getreidezölle eintretende stetige Steigerung der Getreidepreise. Und diese Steige-

ung vollzieht sich zu gleicher Zeit, während in Paris durch reichliche amerikanische Einfuhr der Preis des Brodes von 95 Cts. auf 90 Cts. pro 4 Pfund zurückgegangen ist und allem Anscheine nach durch weitere Einfuhren bald auf 80 Cts. heruntersinken wird. Es sind deshalb auch zahlreiche Gesuche von Bürgern und Korporationen an die Regierung eingelaufen, welche mit Rücksicht auf die schlechte deutsche Ernte und die Nothwendigkeit reichlicher Einfuhr die Aushebung der Einfuhrzölle auf Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel fordern. Die Regierung aber will von der Einführung nicht abgehen, indem sie behauptet, daß ein Mangel an Getreide nicht existire, daß die Preissteigerung nur ein Produkt der Spekulation sei und daß durch eine Finanzschiebung des Einfuhrzolltarifs viele Interessenten, welche bereits Lieferungen auf Grund der neuen Zölle abgeschlossen hätten, geschädigt würden“. Damit also — zugegeben nämlich, daß dies die wirklichen Gründe der Regierung sind — nicht einige Spekulantenschaden leiden, muß lieber Hunderttausenden ihr kümmerliches Stück Brod noch mehr beschneiden werden! Wahrscheinlich kann der heutige Klassenkampf in seiner ganzen Jamme und Gemeinschädlichkeit nicht charakterisirt werden, als er sich hier selbst zeichnet!

Die fortwährende Verdienstslosigkeit im Verein mit der bedeutenden Verteuierung der nothwendigsten Lebensmittel und der schlechten Ernte haben denn auch bereits in verschiedenen Gegenden Hungerseuchen hervorgerufen. Im Braunschweigischen sind neuerdings in Thüringen ist der Hungertypus ausgebrochen. In ersterem sucht sich die Seuche ihre Opfer hauptsächlich unter den fahrenden Handwerksburschen und Bettlern, von denen viele hilflos auf der Straße sterben. Im Thüringer Wald aber sind bereits zwei ganze Ortshäufen ergriffen und in wenigen Tagen schon über 30 Opfer erlegen. Jetzt stellt sich, da die Besitzenden der möglichen Ansteckung wegen für ihre eigene Haut zu fürchten beginnen, werden mit großer Hast alle Mittel aufgeboten, um den bösen Feind niederzutreten, und dabei auch — freilich zum geringsten Theil aus echter Humanität, zum größten aus purem Egoismus — ein Stück Geld zur Beschaffung der nothwendigen Nahrungsmittel und zur Pflege der Erkrankten nicht gescheut. Von vornherein aber durch gedachte und vernünftige Gesellschafts- und Staatsanordnungen dafür zu sorgen, daß eine solche Katastrophe gar nicht erst entstehen kann — daran denkt in den Regierungen und herrschenden Klassen niemand, und wenn es Andere thun und demüthigend handeln, werden sie als „verbrecherische Wohnsitze“ behandelt und bis auf's Blut verfolgt!

In Ungarn herrscht in vielen Gegenden infolge der schlechten Ernte, welche dem kleinen Grundbesitzer vielfach nicht einmal soviel gebracht hat, als er zur Existenz bedarf, ein entsetzlicher Nothstand, der durch die rücksichtslose Entreibung der Steuern noch bedeutend verschärft wird. In einigen Theilen Oberungarns, den an Galizien grenzenden Komitaten sind bereits Fälle von Hungertod vorgekommen. Im Szabolcer Komitat sind allein mehr als dreihundert Gemeinden vollkommen brodlös und zur Festung ihres Lebens ausschließlich auf Kartoffeln angewiesen, welche ihnen die Wohlthätigkeit benachbarter Gutsbesitzer zukommen ließ. Die Regierung aber sieht diesem Elend thatenlos zu und vermag sich nur zu einigen Phrasen und im höchsten Fall zu einigen, ihrer Geringfügigkeit wegen lächerlichen Beispielspenden aufzuwerfen. Die ganze „Staatshilfe“ soll nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten darin bestehen, daß die Steuererleichterung „so weit thunlich“ vorläufig eingestellt und das dringende Bedürfnis nach Samen einseitig durch die Verwaltung befriedigt wird. Obwohl die Leute aber leben sollen, darum kümmert sich die Regierung natürlich nicht. Indessen sollen selbst wegen dieser Kleinlichen Maßnahmen erst noch die Berichte und Vorschläge der Obergespinnne eingeholt werden. Natürlich hätte die Nothheit des Abgordnetenhauses, dem die Regierung diese ihre Ansichten über den Nothstand vorbringen gegen dieselbe durchaus nichts einzuwenden. Wie gering das Interesse dieser letzten Leute an dem Hunger des armen Volks ist, zeigt zur Genüge die lakonische Meldung des Telegraphen, daß die Debatte über die Erklärung des Ministers hinsichtlich des Nothstandes „kurz und belanglos“ gewesen.

Nur die äußerste Linke hat sich um die Sache angenommen, indem sie die Pflicht des Staates zur Unterstützung der Nothleidenden betonte und, um die Abschwächung und Verschönigung des Nothstandes seitens der herrschenden Partei zu verhindern, einen offenen Aufruf erließ, ihrem Ausmaß zuverlässige Daten über den Umfang des Elends mitzutheilen. Natürlich sind die am Ruder sitzenden Herren über diese Nothstandsbegeißelung höchlich erbost und leugnen direkt, daß ein Nothstand im strengen Sinne des Wortes vorhanden oder gar Hungersfälle vorgekommen oder möglich seien. Die Lage einzelner Gegenden sei eine „heisse“, das sei traurig, aber daran lasse sich nichts ändern. Ergo mögen die Armen immerzu hungern und verhungern — das ist so kapitalistische Logik!

Mit Recht schließt unsere ungarische Genossin, die „Budap. W. Chron.“, ihre neueren Mittheilungen über den Nothstand mit dem Ausruf: Wäre unsere Gesellschaftsordnung — wenn auch keine solch herrliche, für welche sie von den Nachbarn ausgegeben wird — sondern nur eine halbwegs gerechte, so dürfte und könnte es nicht vorkommen, daß Mitglieder dieser Gesellschaft den Hungertod fürchten. Wenn sich nun Männer, von edlen, erhabenen Gefühlen geleitet, gegen die heutige Gesellschaftsordnung auflehnen, mögen sie wohl von den begünstigten Klassen verdammt und verfolgt werden, was aber nicht beweist, daß die bestehende Gesellschaftsordnung, wie obige Fälle zeigen, etwa keine ungerechte, unmenschliche und demnach zu beitzigende „Ordnung“ ist!

Daß für die Bourgeoisie beim Geldbeutel nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch der sonst zur Dürmung des dummen Volkes so ostentativ betonte Patriotismus aufhört, für diese bekannte Thatsache hat jüngst ein Schweizer Bourgeois ein neues schlagendes Beispiel geliefert. Nach in belan- tlich der projektierte Simplondurchschnitt nicht sichergestellt und schon beginnt ihm ein Montblancurnel-Projekt gefährliche Konkurrenz zu machen. Um nun dieser zu begegnen, erließ der technische Direktor der Simplondampf, Lommet, eine Denkschrift, in welcher er die günstigen Aussichten des Simplondurchschnittes gegenüber dem des Montblanc darzuthun sucht und sich dabei nicht scheut,

Frankreich (auf dessen materielle Unterstützung hauptsächlich gerechnet wird) ausdrücklich und ganz geschäftsmäßig die strategischen Vortheile anzupreisen, welche diesem der Schweizerrische Simplon im Fall eines Krieges biete! Das Charakteristische aber ist, daß diejenigen, welche sonst den Bestrebungen des weltbürgerlichen Sozialismus gegenüber mit dem Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“ so schnell bei der Hand sind, gegen die landesverrätherische Rundgebung der Simplondirektion keineswegs den Ton der Entrüstung finden, sondern dieselben vollkommen gleichgültig oder, soweit ihre Interessen es bedingen, sogar beifällig aufnehmen. Edle „Patrioten“!

Die französische Regierung hat soeben eine vernehmliche Antwort auf das, selbst von dem größten Theil der Bourgeoisie verurtheilte, Zirkularschreiben des Justizministers und auf das jeden Rechtlichstehenden empörende Urtheil gegen Humbert und die „Marxisten“ erhalten. In der zweitgrößten Stadt des Landes, in Lyon, ist nämlich der Annesierte Baret, der sich den Wählern offen als Sozialist vorstellte, mit großer Mehrheit zum Rumpfschatz gewählt worden — schon der dritte der annessierten „Mordbrüder der Kommune“, welche das französische Volk angeblich so tief verabscheut und doch seiner besten Ehrenämter für würdig hält. Weitere Manifestationen des sich im Gegensatz zu der jüngst inaukurirten Repressivpolitik der Regierung befindlichen, aufgellarten Volkswillens werden nicht auf sich warten lassen. Rügen werden dieselben in Bezug auf die Haltung des Kabinetts freilich wenig, schon deswegen, weil es allen Anschein hat, daß sich das Wort der temporär unterdrückten „Marxisten“ bewahrheitet wird, welche zum Abschied dem Ministerium zurief: „Das Kabinett hat die „Marxisten“ auf 14 Tage suspendirt, das Kabinett aber wird bald für immer suspendirt werden!“

Nicht ohne Interesse ist die Meldung eines hervorragenden französischen Provinzialblattes, daß Rußland, Preußen, Oesterreich und Italien beschlossen hätten, in Paris eine spezielle Polizei zur Ueberwachung der Sozialisten zu gründen. Was an der Nachricht wahr ist, wissen wir nicht; indessen kommt uns dieselbe immerhin nicht ganz wahrscheinlich vor. Von den drei erwähnten Mächten, vor allem von Rußland und Preußen, wissen wir wenigstens genau, daß es ihnen in Paris gleichwie (wenn auch in geringerem Maß) an andern Zentralspunkten der revolutionären und sozialistischen Bewegung schon seither an einer politischen Spezialpolizei keineswegs gefehlt hat. Woju und auf welche die Bedürfnisse aller Theile befriedigende Weise da eine „Gesamtpolizei“ der genannten Mächte gebildet zu werden brauchte und gebildet werden könnte, ist nicht abzusehen. Sollte indessen wirklich ein solcher Plan bestehen, so können wir in unserem Interesse, d. h. im Interesse der Ueberwachten nur wünschen, daß mit der Auswahl der respektiven Spitzel die deutsche Regierung betraut würde; denn diese hat, wie uns zahlreiche und besonders wieder neueste persönliche Erfahrungen lehren, ein wahrhaft bewundernswürdiges Geschick, stets solche „Cajons“ (um im Jargon des alten Fritz zu reden) herauszufinden, denen jeder halbwegs Zurechnungsfähige Rationalität und Metier gleich auf fünfzig Schritte Entfernung ansieht.

Berichte.

* Zürich, 28. Okt. In der Rundschau unserer letzten Nummer haben wir unter Frankreich bereits einer, ursprünglich von einem bonapartistischen Blatt gebracht und von dem größten Theil der deutschen Bourgeoisie aller Schattierungen natürlich eifrig kolportirten Mittheilung über eine angebliche höchst staatsgefährliche und hochverrätherische Adresse deutscher Sozialisten an den Pariser Kongreß Erwähnung gethan und diese Mittheilung, ohne uns vorher mit unsern deutschen Genossen benommen zu haben, als eine Lüge, als eine Lüge bezeichnet. Wie recht wir daran gethan haben, zeigt folgende Erklärung, welche die „Leipziger Volkszeitung“ — welche trotz ihrer angeblich urdemokratischen Gesinnung die erwähnte Lüge ebenfalls reproduirt hat — erhalten hat:

In Ihrer Nummer vom 19. d. bringen Sie folgende Notiz: „Die Pariser Zeitung „Patrie“ hat aus Paris von einem ihrer Freunde, der in der Lage ist, „gut unterrichtet sein zu können“, eine Mittheilung erhalten, der zufolge die Sozialisten in Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, München und Stuttgart Versammlungen abhielten, um einen Gedankenaustausch über die jetzige Lage in Frankreich zu veranlassen; die Sozialisten in Leipzig, Breslau und München fanden die Fortschritte des Sozialismus in Frankreich so bemerkenswerth, daß eine Adresse an die französischen Brüder beschlossen wurde, deren Grundgedanken folgendermaßen lauten sollen: „Die deutschen Demokraten können leider nur Wünsche für den endlichen Sieg der sozialen Republik in Frankreich ausdrücken, hoffen jedoch, daß die französische Demokratie nach ihrem Siege wirksam ihren Brüdern im Ausland zu Hülfe kommen werde, die noch unter dem Joch schmachten, namentlich aber den deutschen Proletariat; sobald die soziale Republik in Frankreich begründet worden, kann sie nur Dauer haben, wenn ganz Europa sich baldigst derselben Segnungen wie Frankreich erfreut.“

Da auch Leipzig in dieser Notiz genannt ist, finden wir uns veranlaßt, im Namen der Leipziger Sozialisten zu erklären, daß die ganze Mittheilung, soweit unsere Kenntniß reicht, vollständig aus der Luft gegriffen ist. Wir fühlen uns stark genug, mit unsern Gegnern fertig zu werden und brauchen keine auswärtige Hülfe. Und wir glauben nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie ein Mitglied zähle, welches anderer Ansicht wäre.

Leipzig, den 22. Oktober 1879.

A. Bebel, W. Liebknecht, K. W. Reichsche, W. H. Hagenkleeber.

* Zürich, 26. Okt. Dem von ihm vielbewunderten, jüngst verstorbenen, amerikanischen Nationalökonomem Carey schnell folgend, ist in der Nacht vom 20. zum 21. ds. auf der Fahrt nach Köln der bekannte ehemalige Privatdozent Dr. Eugen Dühring im 47. Lebensjahre am Herzschlag gestorben. Ein schneller Tod hat damit ein durch schweres körperliches Leiden — Blindheit — und dadurch hervorgerufene seelische Verbitterung leidvolles Dasein beendet. Wenn der Verstorbene auch durch

seine Selbstüberhebung und Konfusion sich selbst am meisten geschadet und weidlich die schneidige Kritik Engel's herausgefordert hat — die uns eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Sozialismus gab —, so dürfen doch die mannigfachen Verdienste Dühring's um die Wissenschaft nicht geleugnet werden und ebenso soll es ihm untergehen bleiben, daß er in einer sehr abhängigen Stellung den Muth hatte, für den Sozialismus einzutreten und mannhafte das Reichsgericht, das ihn seiner Stellung enthob, ertrag und nicht zu Kreuze froh. In einer Zeit, wie der untern, in der Charakterfestigkeit und Bestimmungstreue etwas so Seltenes ist, muß sie doppelt anerkannt werden, wo immer sie sich auch findet.

* Zürich, 26. Okt. Vor Kurzem ging eine, bezeichnender Weise nur an die Bourgeoisblätter verandete, Buchhändlernotiz durch die Presse, welche das baldige Erscheinen einer Geschichte der Pariser Kommune von Bernhard Becker ankündigte und an diese Mittheilung für anglische Seelen noch die charakteristische Bemerkung knüpfte, „daß ein behördliches Verbot des neuen Werkes in keiner Weise zu befürchten sei.“ Das soeben (bei Otto Wigand in Leipzig) erschienene „Werk“ entspricht denn auch dieser Einführung so vollkommen, daß wir es — und eine demnächstige Besprechung vorbehaltend — für unsere Pflicht halten, schon jetzt vor demselben zu warnen, damit nicht die Genossen sich durch den Namen des Verfassers, der früher in der deutschen Bewegung eine gewisse Rolle gespielt, betrügen lassen und ihr Geld für ein Buch wegwerfen, in dem sie eine wahrheitsgetreue, vom Geist des Sozialismus durchwehte Schilderung der weltbürgerlichen Epoche der Kommune vermuthen, das aber nichts ist, als eine lägenhafte Verunglimpfung desselben, ein charakterloses, standaltes Nachwerk.

* Berlin, 27. Okt. Da uns über die neueste Massenausweisung auffälligerweise (sollte Stephanage im Spiel sein?) bis jetzt ein weiterer Bericht aus Berlin noch nicht zugegangen ist, müssen wir uns vorläufig auf einige Mittheilungen der Berliner Presse beschränken — hoffend, demnächst in der Lage zu sein, genauere Mittheilungen bringen zu können. — Einer der Ausgewiesenen ist der Pächter des großen Restaurants „Industrie-Hallen“ in der Reichensbergerstraße, Wienholz. Als derselbe die ihm zum Verkauf seiner Mobiliten gewährte, äußerst kurze Aufenthaltsfrist infolge nicht erledigter Geschäfte um eine Stunde überschritten hatte, wurde er der „Berl. Volkszeit.“ zufolge verhaftet, sofort per Schub fortexpedit und sein Lokal augenblicklich polizeilich geschlossen. Natürlich ist hiedurch der Mann, der Familienvater ist, vollkommen ruinirt. Auch dem ausgewiesenen Gastwirth Pries ist die Wirthschaft geschlossen worden, so daß auch die Familien vollkommen subsistenzlos sind. Ueberhaupt ist ganz besonders die brutale Tattil bemerkenswerth, hauptsächlich Familienväter — von den 9 letzten Ausgewiesenen haben 7 Familie! — auszuweisen, die dadurch doppelt schwer getroffen werden. Der Zweck dieser raffinierten Gewaltmaßregel ist klar: die schwer Geschädigten und von Sorgen um ihrer Familie Zukunft Gemarterten sollen zur Verzweiflung getrieben und sie und ihre Bestimmungsfreunde zu Gewaltthaten, wo möglich zu Mordthaten“ aufgereizt werden, welche dann den erwünschten Vorwand zu neuen Unterdrückungsmaßregeln bieten würden. Indessen werden Herr Madai und seine Austraggeber auf die Verwirklichung dieser ihrer schändlichen Wünsche wohl vergeblich warten. Dem jeder unserer Genossen weiß zu gut, daß es, um unsere Feinde empfindlich zu treffen, ganz andere Mittel und Wege gibt, als spontane, wenn auch noch so erklärliche, so doch allerzeit der Sache schadenbringende, persönliche Wuthausbrüche. Und nach dieser Erkenntniß haben unsere Genossen zum Leidwesen unserer Gegner und trotz aller Anreizungen zum Gegentheil bisher stets gehandelt und werden es auch ferner thun!

— Berlin, 26. Oktober. Roth und und Belagerungszustand — diese beiden Worte charakterisiren vollkommen die Verhältnisse der deutschen Reichshauptstadt. Von letzterem sind Sie so oft genug in der Lage, verächtlich zu lächeln. Aber auch über den ersteren dürfte wieder ein Wort an der Zeit sein. Bis zu welchem Grade derselbe getrieben und daß von dem so oft verdrängten Ende desselben noch immer keine Rede ist — dafür liefert einen umständlichen Beweis ein Blick auf die hiesigen Hypotheken- und Grundbesitzverhältnisse überhaupt. Die hypothekäre Gesamtbelastung des Berliner Grundbesitzes betrug 1872 1,122,034,821 M., 1876 1,074,923,369 M., 1878 2,227,548,390 M. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß im Vergleich zu dem durch wirtschaftlichen Aufschwung, welcher gemitteltwies den demaligen Grundbesitz der Grundstücke repräsentirt, der Berliner Hausbesitzer nur 283 pro Mille, also noch nicht einmal den vierten Theil sein Eigen nennt, während er mit dem Uebrigen in der, größtentheils drückendsten, Zwangsversteigerung des Kapitalisten steht. Die Belastung der Grundstücke geht über den Gebäudewert nach der Feuerversicherung bereits um nicht weniger als 355 Millionen hinaus, was verglichen mit dem 18fachen Reichthum eine Schuldenmenge von 615 pro Mille macht.

Um die Lage der, nicht große Hände zu ihrer Verfügung habenden Grundbesitzer noch precärer zu machen, beträgt die Zahl der in Folge des allgemeinen Rothstandes unermittelt gebliebenen Wohnungen, Läden und Werkstätten noch annäherlich über 20,000. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Zwangsversteigerung gar kein Ende nehmen wollen. Es scheint — wie sich ein herbeiziehendes Bourgeoisorgan verweisselungswürdig ausdrückt —, als ob ganz Berlin unter dem Hammer kommen sollte. Keine der früheren Grundbesitzerkrisen hat so immense Verluste an Riechen, Zinsen und Kapital aufzuweisen, wie die gegenwärtige. Die ungarische Waffe der in den Subhastationen ausfallenden Kapitalisten macht Berlin zu einem wahren Hypothekenschaubühnen, auf welchem die einzelnen Grundstücke als Gräber erscheinen, unter denen nicht allein periorone Vermögen, sondern auch vernichtete Existenzen begraben liegen.

Und doch muß es über kurz oder lang noch viel schlimmer kommen. Denn die Wirtschaftskrisen, die einander mit Naturnothwendigkeit immer schneller folgen müssen, werden immer älter, beschleunigen die Ausföhrung des Kleinbesitzes und die Monopolisirung des Kapitals, in den Händen Weniger immer mehr. Aber der größte Theil derer, denen heute bereits das Messer an der Kehle sitzt, sehen die ehrene Nothwendigkeit dieses Entwicklungsprozesses noch keineswegs ein und werden die Wahrheit der „unheimlichen“ Lehren des Sozialismus wohl auch erst dann erkennen, wenn sie selbst ins Proletariat herabgeschleudert sind. Entschlossen betrachten sie uns noch als ihre Feinde — sehr lange wirds aber nicht mehr währen.

N. Von der Niederelbe, 21. Oktober. Zunächst gehalten Sie uns der Freude Ausdruck zu geben, daß durch die Gründung des „Sozialdemokrat“ den deutschen Parteigenossen wieder die Möglichkeit gegeben ist, sich einmal über die Vorgänge im öffentlichen und Parteileben anzusprechen und zu orientiren. Denn wenn wir auch alle wußten, daß, wie die Dinge einmal lagen, nach Erlaß des Sozialistengesetz es für die deutsche Sozialdemokratie zunächst Wichtigere zu ordnen gab, als im Ausland ein Blatt zu begründen, so mußte auf die Dauer der Uebelstand, gar kein Organ zu haben, durch das man sich ausdrücken und gegenseitig aufklären und unterstützen konnte, doch recht stark empfunden werden. Deshalb erfreut es uns doppelt, den „Sozialdemokrat“ nunmehr zu haben und zwar ist dies freudig um so größer, als die im Programmartikel ausgesprochenen Grundzüge von jedem ächten und ehrlichen Parteigenossen als durchaus richtig anerkannt werden müssen. Was nun den Stand der Parteiverhältnisse betrifft, so ist es wohl nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird: Die

Sozialdemokratie hat auch hier im Nordwesten des Reiches durchaus keinen „Rückgang“ zu verzeichnen. Das dieses aber so ist, das verdanken wir nicht wenig unseren Gegnern und vor allem der famosen neuen Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers. Hier im Nordwesten liegen die beiden Hauptstädte und Handelsstädte Deutschlands, Hamburg und Bremen. Diese Städte nun haben durch die neue Zollgesetzgebung unzweifelhaft großen Schaden erlitten und vor allem auch durch die wirthschaftlichen Grundfälle, welche hier den Angehörigen der tonangebenden Kreise so zu sagen mit der Muttermilch eingegeben worden, auf das bestmögliche und gründlichste befestigt worden. Das System Bismarcks, jeden mit Realienfähigen niederzudrücken, der es wagt, eine selbstständige Meinung zu haben, ist auch den freihändlerischen Dankestädten gegenüber angewendet worden und hat da, besonders in den „reichstreuen“ Kreisen unserer Kaufmannschaft, auf's Tiefste wegzugeht. Ginz doch die preussische Unerschämtheit so weit, dem Hamburger Vertreter im Bundesrath bei der Abstimmung der Referate für die Zollvorlagen höhnisch den Artikel — Schicksal der Kaufmannschaft: Der Mann hätte jedoch Ehre genug im Leibe, sofort Berlin zu verlassen und gab so dem gewaltigen Reichskanzler zu verstehen, daß der Vertreter der ersten Handelsstadt des europäischen Kontinents wohl doch noch etwas mehr werth sei, als Stiefelputzer des Pariser Guts und Schmutzbrünnelbesitzer zu werden. Diese Entsehung ist um so bedeutungsvoller, wenn man bedenkt, daß gerade die Bremener und Hamburger Kaufmannschaft mit zu den reichswichtigsten Kreisen gehört haben und daß die Börsen dieser beiden Städte es genossen sind, von denen aus z. B. in Oftern im Jahre 1874 die Direktoren an den Reichskanzler gingen, worin demselben in der Militärfrage unbedingte Zustimmung entgegengebracht wurde.

Wenn aber unsere Bourgeoisie oppositionell geworden ist, weil man ihre Geschäftsinteressen (bekanntlich der einzige empfindliche Punkt dieser Reichsfortschritt) verletzt hat, so haben in den bürgerlichen und Handwerkerkreisen die neuen indirekten Steuern und die Bälle, welche hier an der Reichsgrenze am meisten empfunden werden, sowie die Aussicht auf eine neue Erhöhung des Militäretats auch den Vertrauensvollsten die Augen geöffnet. Die Lobgesänge auf Bismarck sind verklungen, dagegen aber wimmelt es in den Biergeschloßen unserer Pflaster von Bismarckbeleidigungen, so daß sich das verdrohteste reichsfremdliche Herz daran erquicken könnte. Was aber die Arbeiterkreise betrifft, so sind die noch immer herrschende Arbeitslosigkeit und der Zustand positiver Rechtlosigkeit, welchen das Ausnahmengesetz herbeigeführt hat, wohlthun nicht geeignet, lokale Bestimmung zu erzeugen. Die Sachen stehen eben thatsächlich so: Wer früher schon in uns gehalten, der thut dies heute mehr als je und wer früher unser Gegner war, der hält einmüde aufgeschrien, und mit jenem humanischen Satz zu verfolgen, wie dies früher der Fall war, oder aber der Kettenlauf hat ihn dahin gebracht, mehr oder minder mit uns zu sympathisiren, was namentlich von einem großen Theil der kleinen Handwerker gilt. Wenn also das Ausnahmengesetz uns auch daran gehindert hat, in sonst gewohnter Weise Bekantnisse für die Sozialdemokratie zu machen, so haben andererseits der preussische Diktatorismus und der immerfortige Militarismus dafür Sorge getragen, daß die Stimmung für uns heute eine günstiger als jemals früher ist. Die beim Erlaß des Sozialistengesetzes gehoffte und gewünschte Vernichtung der Sozialdemokratie, hat also noch lang gute Wege!

So viel über die Situation im Allgemeinen. Was nun unsere unzureichende Parteiverhältnisse betrifft, so versteht es sich ja von selbst, daß darüber sich jetzt nicht viel sagen läßt. Nicht unerwähnt aber darf der unangenehme Eindruck bleiben, den es auf die hiesigen Genossen gemacht hat, daß im Ausland lebende Parteifreunde es theilweise für angemessen hielten, die deutsche Sozialdemokratie zu schmalzieren. Es soll hier nicht von den theilweise abgeschwundenen Revolutionärsphrasen geredet werden, mit denen man uns zur „Kritik“ aufforderte, sondern es sollen nur gegen die irrige, gerade durch deutsche Parteifreunde im Ausland verbreitete Ansicht protestirt werden, als ob seit Erlaß des Sozialistengesetzes die in Deutschland gebliebenen Genossen muthwillig die Hände in den Schoß gelegt hätten. Diese Annahme ist eine absolut falsche. Wenn schon die Wahlen in Breslau, Erfurt und in Sachsen gezeigt haben, daß wir deutschen Genossen die Parteilinie auch im politischen Kampfe noch hoch halten und sie zu verteidigen wissen, so sei noch bemerkt, daß die Regelung der Geschäfte der früher beherrschenden Parteiunternehmungen (Druckereien, Leistungen etc.) sowie die Unterstüßung der Anhalteten und Ausgewiesenen und die Aufbringung der Gelder für die Wahlkämpfe, denn doch eine Thätigkeit und zugleich eine Opferwilligkeit der Genossen bezeugen, welche diejenigen, welche vom Ausland aus unserer Sache nicht besser dienen zu können glauben, als indem sie ohne Kenntniß der Sache unangeseht — nicht kritisiren, sondern nützen und gegen die bewährtesten Genossen Mißtrauen säen, — zu etwas größerer Vorsicht mahnen sollte. Die im Ausland lebenden Genossen sollten bedenken, daß es uns unmöglich ist, gerade dann, wenn wir hanteln, davon großes Geschrei zu machen, ja auch nur davon öffentlich zu reden. Wenn sie aber wirklich der Ueberzeugung sind, daß das, was in Deutschland geschieht, nur zur „Verhinderung“ der Partei führt, dann mögen sie zu uns kommen und zeigen, daß es besser können. Hic Rhodus, hic salta!

Ueber die Verfolgungen und Polizeiverbrechen, denen unsere Genossen auch hier wie allermwärts in Deutschland ausgesetzt sind, das möchte Mal. Nur so viel sei bemerkt, daß in Altona augenblicklich 13 Mann wegen Verbreitung der „Freiheit“ sich in Haft befinden. Dieselben sitzen bereits seit ungefähr 4 Wochen und ist Anklage wegen Majestätsbeleidigung und wegen Verbreitung verbotener Schriften zu erwarten. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wohl die Altonaer Genossen berichten. — In Hamburg war in letzter Woche Appellverhandlung gegen Sarvek und Genossen, welche ebenfalls wegen Verbreitung der „Freiheit“ in erster Instanz zu mehreren Monaten Gefängnis und theilweise zur Beschränkung des Aufenthaltes verurtheilt wurden. Das Urtheil der Appellinstanz in diesem Prozeß soll erst im Laufe dieser Woche gesprochen werden.

—1. Mannheim, 22. Okt. Die Anwendung des Sozialistengesetzes bringt uns nur fortwährend eine unersättliche Masse von Gewaltthätigkeiten und Gemeinthaten, sondern fördert hienieden auch Mithen unbezählbarer, wenn auch unfreiwilliger Komit zu Tage, die in unserer sonst so trüben Zeit um so schädlicher sind. Einige solche niedliche, Mithen sind dieser Tage in den Treibbeten der hiesigen wohlhabenden Behörden gezeitigt worden und wünschten wir ihnen, um ihnen, resp. den weisen Obrigkeiten die ganze verdiente Anerkennung der Welt zu sichern, nur den lauthäusigen Sozialismus eines Bienen als Schilder. In Ermangelung desselben aber wollen wir die Thatfachen einfach schlicht erzählen und sie für sich selbst sprechen lassen.

Bei Gelegenheit der Einweihung eines Bahnhofs dahier sollte Abends in einem geheizten Saale ein Festgelage stattfinden, wozu der betreffende Wirth die Militärmusik engagirte. Nun wurde aber 2 Tage vorher dem Militär die Beiretung dieser Wirthschaft aus uns rein unerkündlichen Gründen denn der Wirth ist ein dinstlicher Spielbürger und seine Gäste sind von dem gleichen Kaliber verbotener. Zur bekräftigten Stunde kommt nun die Musik zwar angetrudt, sacht aber nicht in den 10 an ziemlich von „hohen Herrschaften“ angefüllten Saal und gibt auf Befragen des Hofkammer zur Antwort: „Da gehen wir nicht hinein, da sind ja Sozialdemokraten drin!“ Als alles Zureden nichts fruchtete, so wollte das Komite die Musik in einem nebenan gelegenen Lokal „ermas spielen“ lassen. Aber auch kaum dort angekommen, ruft wieder einer: „Da dürfen wir auch nicht hinein, da sind auch Sozialdemokraten drin!“ Dieser Saal war nämlich auch mit dem ersten in Akt und dann erklärt, obwohl auch hier Wirth und Gäste von gleicher Güte sind, wie in dem vorgenannten Lokal. Endlich konnten die wackeren Spielleute in einer dritten Wirthschaft Ruhe finden, aber an Musik machen war nicht mehr zu denken. Während dieser Wanderung waren aber auch in um ihren Aufstiegsgebrachten „hohen Herren“, welche durch sehr angeregt zu sein schienen, auf der Wanderung, und zwar zum Kommande des betr. Regiments, zwar nicht, um bei demselben energisch zu reklamiren, sondern um demselben gehorsam zu meldeu, daß keine Sozialdemokraten drin wären.“ Leider war aber der Herr Kommandeur „nicht zu Hause“ und so mußten denn die armen, doch so „gehöriggehörigen“ Liberalen ohne Musik scheiden. Die Leutchen wußten selbst ihren erbitterlichen Feinden in der Seele leid thun.

Auch bei Handlungen geht es manchmal nicht ohne Hämmer ab. So sagte bei einer derartigen Gelegenheit ein von dem Erfolg einer Handlung wie ein Eck beladener Polizeioberst auf dem Wege zum Kommissar zu dem ihn begleitenden „Deliquenten“: „Bei Ihrem Freunde wird man auch einen guten Mann machen.“ „Oh! russische Freunde“, lautete die Antwort. „Was — was — was russische Freunde?“ „Wahre die Polizeifreie, woraus indessen keine Antwort erfolgte. Beim Kommissar angekommen, hat nun der Wächter des Gefängnis nicht Eiligeres zu vermelden, als daß er aus seinem „Deliquenten“ herausgebracht habe, daß dessen Freund auf die russischen Freunde absonnert sei. Der Kommissar, welcher einsehen mochte, daß er sich mit solcher Jammergeschichten einem politisch gebildeten Arbeiter gegenüber doch blamiere, lenkte das Gespräch sofort auf einen andern Punkt.

Kaum minder lächerlich, als diese vorgenannten Stücken ist aber das Vorgehen unseres frechharnigen Staatsanwaltes Marischall (sonst Reichstagsabg.). Derselbe hat nämlich am 27. durch die in Ihrer No. 2 er...

Abg. Aus Franken, Ende Oktober. „Heraus mit Eurem Fledermisch!“ schrieb mir neulich ein Züricher Genosse, was einer Aufforderung gleichkam, für den „Sozialdemokrat“ einmal eine Korrespondenz über fränkische Verhältnisse vom Stapel zu lassen. Nun, der Fledermisch wäre fast nicht aus der Scheide...

Ueber die gegenwärtigen Parteiverhältnisse bei uns läßt sich nicht viel sagen; eine Probe hatten wir noch nicht auf's „Geleis“ abzulegen, und ohne eine solche läßt sich ein richtiges Urtheil nicht leicht abgeben. Wahr ist, daß wir leider so manche Ungelassene — und darunter solche, von denen man's nicht ver...

Was ein ehrlich Sozialistengemüth am meisten warmen muß, das ist der Umstand, daß die „fortschrittlichen“ Organe, welche durch ihre feinerzeitige Verhimmelung aller Reichszustände und durch ihre blödsinnigen, selbst von den Kreuzzeitungsbrütern nicht...

Societ an uns liegt, geschieht — wie wir unsern Lesern in jeder Nummer (am Kopf des Blattes) verüben — in dieser Beziehung gewiß alles Mögliche. Aber die Genossen dürfen auch niemals die großen Schwierigkeiten vergessen, mit welchen der von der gewaltigen Macht der Regierung auf jede Weise bekämpfte Vertrieb des „Sozialdem.“ in Deutschland verknüpft ist, und müssen daher in Fällen, wo all unferer...

Apropos, kürzlich hatten die Nürnberger Sozialisten eine kleine unterhaltende Abwechslung in dieser Erde des Tafelb. Max Hirsch, der große Wunderdoktor, der mit Invalidenklassen und Großsprecherischen Revolutionen die soziale Frage löst, war mit Gefolge da, um einen „Verbandsstag“ abzuhalten. Ganze 23 „Delegirte“, davon 7/8 aus Berlin, waren erschienen; der berühmte Räffel, ehemaliger Herausgeber der kürzlich selig entschlafenen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“, im Volksmund „Blech“ geheissen, wurde als Delegirter der Nürnberger Blecharbeiter, welche vor mehr als 5 Jahren schon sich von der Hirsch'schen Doktrin losgesagt und bei Kreirung des Sozialistengesetzes ihren Verein freiwillig aufgelöst hatten, aufgeführt! Die Verhandlungen zeich...

Das Letzte war nun allerdings „nicht“; Herr Günther hatte sein Sprüchlein über „freie Rassen“, schon Tags zuvor in geschlossener Sitzung hergefragt und hüte sich, in einer öffentlichen Versammlung aufzutreten. Dafür weinte Märchen blutige Thränen über den undankbaren Liberalismus, der die braven Gewerksvereine als sozialdemokratisch behandle und verfolge u. s. w. u. s. w. — Unter Anderem nannte Hirsch die Sozialdemokraten die Handlanger der Reaktion, was einen großen Entrüstungssturm hervorrief. „Wir lassen uns nicht insultiren“ und „Hui!“ riefen unsere Genossen, während die zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ kommandirten Turner-Gründer brüllten, wie verdrückt, um sagen zu können, die Sozialisten hätten Spektakel gemacht. Am besten wäre es wohl gewesen, wenn unsere Freunde zur Strafe für die Hirsch'sche Ungezogenheit die ganze Gesellschaft „auf's Heut“ hätten. — Max nahm sich übrigens die ethische Lehre zu Herzen und blieb dann bis zum Schluß seiner Rede anständig.

Parteigenosse Scherm meldete sich nachher zum Wort, um Herrn Hirsch den „Handlanger der Reaktion“ gebührend zurückzuzahlen. Aber — da hatte er vergessen, daß die Gewerksvereine unter hohem polizeilichem Schutz stehen. Schon zu Beginn der Versammlung hatte der überwachende Polizist (Offiziant Windler) sehr eingehend mit den Größen des Abends konferirt, man war jedenfalls „auf Alles gefaßt“. Kaum hatte Scherm einige Worte gesprochen und Herrn Hirsch begroßlich gemacht, daß eine Partei, die noch freisinniger ist als die des Hirsch, unmöglich des wegen als der Reaktion Hilfe leistend bezeichnet werden dürfe — als die hohe Obrigkeit sich erhob und feierlich erklärte, der Redner „spreche im Sinne des Sozialistengesetzes“, und den Vorstehenden (einen rohen, auf der tiefsten sittlichen und gesellschaftlichen Stufe stehenden Schreier) aufforderte, Scherm das Wort zu entziehen, was natürlich bereitwillig geschah. Nun war die Gesellschaft „gerettet“. Man hatte vermuthlich gefürchtet, daß Scherm der ganzen Fortschritt-Klique sehr unangenehme Dinge in's Gesicht sagen würde und daher bei Zeiten sich mit der Polizei verständigte, daß diese dem „bösen Menschen“ beim ersten nicht in den Gesamtkram passenden Wort die Schlinge ansetze; Scherm verließ unter dem Rufe „ich füge mich der Gewalt“ die Tribüne, bedeckte sich und wie ein Mann verließen sämtliche Sozialisten den Saal, ein dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie ausbringend. Die verbüßten „Hirschen“, welche nun in der Anzahl von etwa 100 (die zur Dekoration anwesenden Prozen und Advokaten mit eingerechnet) sitzen blieben, suchten mit einigen saulen „Spässen“, welche der Berliner Buditer, frühere Maschinenbauer Andrea, zum Besten gab, über den Zwischenfall wegzukommen.

Der ganze „Verbandsstag“ blieb übrigens, trotz der von den „Ordnungs“blättern gemachten riesigen Reklame, in Nürnberg und Nürnberg total unbeachtet. Die Beschlüsse der Herren, in Süddeutschland eine „verstärkte Agitation“ zu entfalten, haben in verständigen Arbeiterkreisen große Heiterkeit erregt. Man muß die Gesellschaft, welche in Franken „Gewerksvereine“ spielt, nur kennen, um die Tragweite solcher „Beschlüsse“ richtig zu beurtheilen. Herr Hirsch, persönlich bereits eine Ruine, scheint übrigens das Schicksal der gestrigen, von ihm für 3000 Mark jährlich beanwalteten Vereine selbst vorausgesehen, denn sein großer Sermon war die reinste Leichenrede.

Sonst geht's — wirtschaftlich — allenthalben schlecht. Die Geschäfte sind mit wenigen Ausnahmen unter'm Hund, die Bälle fangen an, sich lässlich zu machen, und wenn vollends das Bier theurer wird, so kommt die von Bismarck für uns inszenirte Agitation in besten Zug. Freilich, viele Einzelne müssen darunter schwer leiden, aber die Gesamtheit hat schließlich den Vortheil davon. Bis zur hundertjährigen Jubelfeier der großen französischen Revolution wird ja wohl so oder so Wandel geschaffen werden! Also vorläufig abwarten, aber nicht „Thee trinken“ allein dazu, sondern agitiren, gleichviel wie's geht!

Seh. Paris, 19. Okt. In Ihrer letzten Nummer *) besprachen Sie schon das Wiedererleben des Sozialismus in Frankreich und gaben ganz richtig als eine der Hauptstätten der Agitation die Friedhöfe an. Aber nicht war wohl in erster Linie anzuwenden, nicht mehr geeignet, die alten Erinnerungen wieder wachzurufen, neues Leben in den etwas lethargisch gewordenen Körper des französischen Arbeitervolkes hineinzubringen, als die All-Lehre der Amnestie, der Auslaß dieser Wärtner einer Volksschlacht. Wie wird der, welcher einer solchen Anlauf eigewohnt hat, den Eindruck vergessen können, welchen die abgebrannten, physisch so heruntergekommenen und geistig doch noch so kräftigen und muthigen Männer auf ihn gemacht hat!

Nehmen wir z. B. die Ankunft derer, welche mit der „Picardie“ gekommen waren und Morgens um 6 Uhr, also am Tage, anlangten — die Andern kamen meist zur Nachtzeit, und verhielte so das Dunkel manches, was Jeder hätte sehen sollen, den Einen zur Ermuthigung, den Andern zur Beschämung, zur höchsten Schmach. Wer die laute Art des Parisers, sich öffentlich zu bewegen, kennt, wird es wohl zu wünschigen wissen, was es heißt, wenn 100,000 Menschen beim Anblicke so furchtliche Spuren der Leiden an sich tragender Mitbürger, deren einziges Verbrechen darin bestand, für eine große Idee gekämpft zu haben und besiegt worden zu sein, — wenn diese von der Erwartung aufgeregte

Wenige tausendge worden, wenn nur sie und da ein gedämpftes „vive l'amnistie“, den Aufkommenden zugerufen wird und das Schlagen der Frense des Wiederfindens und Wiedererlebens die bei-nabe unbefruchtete Ruhe unterbricht. Er wird begreifen, welchen Anblick diese Leidensgehaltn bieten, wenn selbst die zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesenden Polizei-Kommissäre und Unterbeamten sich ebensoviele der Thränen enthalten konnten wie die ganze große Masse, in der auch nicht ein einziges Auge ohne diese Bezeugnisse des Mitleids geblieben war! Beliebt während, wenn bei diesen Scenen allgemeiner Theilnahme Abtheile, von Kammer und Leiden tiefgefurchte Gesichter sich plötzlich betheben; gebeugte Gestalten sich plötzlich aufrichten und jede Bewegung, jede Miene andeuten, daß sie trotz alledem bereit sind, wieder in die Reihen des um seine Rechte ringenden Volkes einzutreten! Das ist eine Agitation, die nachhaltiger wirkt, als die leider oft nur allzusehr vergessenen Reden; das prägt sich tief ein, unvergesslich.

Ja, es ist eine große Umwälzung vor sich gegangen an jenem Tage, das man öffentliche Meinung nennt; und es ist gewiß bemerkenswerth, daß heute, nach kaum 8 Jahren, selbst diejenigen, die bei der Verklammerung und Verurtheilung dieser Tathata mit von den ersten waren, wenn selbst diejenigen, welche zu den geistigen und physischen Torturen der uns nun wiedergegebenen ihr gutes Theil beigetragen, sich heute bewegen fühlen, in erster Linie sich an den Hirschs Komite's zu be-theiligen und in den Ruf nach „voller Amnestie“ am lauteften mitanzustimmen. Die französischen Sozialisten haben in Anbetracht dieser Umstände, in richtiger Beurtheilung der Geübte der Demagogie, von denen gewiß viele es unter ihrer Würde halten müssen, sich an diese politischen Wetterföhnen und Wetterwörterwörter am Unterstüßung zu wenden, ihr eigenes Diskomite gebildet, und zwar nicht nur für die, welche bereits amnestirt sind, sondern auch für die, welche es noch werden müssen — und auf den Erfolg können sie stolz sein. Auch hier hat es sich wieder gezeigt, daß gerade die, welche sich für Tag um Tag das nackte Leben kämpfen, keinen ihre eigenen Erziehungsmittel so knapp als möglich zugemessen sind, verhältnismäßig mehr Opferwilligkeit zeigen, als diejenigen, die bei weniger Kälte mehr zu leisten im Stande wären.

Ja! das Gefühl der Solidarität ist gekräftigt, härter geworden und gewiß sind auch die drei letzten, diegenen A. bei seiner Erklärung als ein vollständiger Beweis anzusehen. Zuerst die Oefenheizer, die eine Vorkühlerhöhung von 6 Fr. 25 auf 7 Fr. 25 erlebten, dann die Zimmerleute, die es ebenfalls von 7 auf 8 Francs brachten (schon die Arbeitgeber ihnen u. A. auch Staatshilfe in Gehalt von zur Vorkühlerhöhung der Regierungsbeamten kommandirten Einheitsgehältern entgegenstellen konnten und auch die schon von Ihnen erwähnte Arbeitseinstellung der Bau-schreiner. Dieselben verlangten: 1) Vorkühlerhöhung von 60 auf 70 Centimes pro Stunde, 2) 10stündige Arbeitszeit und doppelte Vergütung der Ueberstunden, 3) 14tägige regelmäßige Anzahlung, und 4) Anschaffung der „Wartandage“ in heutiger Form (worauf ein Arbeiter ein größeres Quantum in Effekten überweisen und dafür andere Arbeiter für sich im Tagelohn arbeiten läßt) und an Stelle dessen Vergehen der Arbeit in Gruppen von je 4, 5 oder mehr Arbeitern, von denen Jeder gleichberechtigt ist, Gemeinlich muß noch werden, daß von der Art Staatshilfe, wie bei den Zimmerleuten, bei den Bauarbeitern keine Rede war, sondern daß im Gegentheil an den Staatsbauten, wie am Turmbau, den Zoolierien u. s. w., als dort die Unternehmer die Arbeit einstellen wollten, von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Fortsetzung der Arbeit und das Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter bewerkstelligt wurde.

Daß bei allen diesen Bewegungen der Ruf nach Vereins-, Versammlungs-, und Pressefreiheit immer allgemeiner und lauter wird, ist selbstverständlich, und ist man voller Erwartung, ob die Kammer sich endlich zur Behandlung dieser lang genug hinausgeschobenen Angelegenheit wird entschließen können. Jedoch ist das Volk gerade recht genug, um zu zeigen, daß es seine Forderungen nicht nur in Worten, sondern ihnen auch im entscheidenden Augenblicke den gehörigen Nachdruck zu geben weiß, und daß es sich nicht mehr mit kalten Redensarten und vielversprechenden Phrasen von Seiten seiner Mandatäre abweisen läßt.

Was die schon gemeldete Wahl Humbert's betrifft, so soll dieselbe unglücklich erklärt werden und zwar, weil derselbe nicht, wie vorgeschrieben, einen Jahresmonatlang vorherigen Aufenthalt in Paris gehabt hat. Möge man von gewisser Seite thun, was man will, das Volk hat gezeigt und zeigt jeden Tag, was es will. Es hat Blancqui und Humbert auf den Schild gehoben und andere werden noch nachkommen, das möge man sich betreffenden Deter ad notam nehmen. Nur von dem, wenn auch noch so unvollkommenen Stimmrecht fleißig Gebrauch gemacht, dann wird das Volk selbst begreifen lernen, daß es nicht dazu da ist, um von Einzelnen geleithammelt zu werden und seinem Willen mit der Zeit schon den gehörigen Nachdruck zu geben und nachdrück zu geben wissen. Die Bahn wird dann bald frei werden zu unserem Endziele — dem sozialistischen Staat!

*) Es ist die Kammer 3 gemeint. Wir waren leider durch Stoffüberhäufung gezwungen, diesen Bericht, gleich mehreren andern, zurückzustellen. Wir müssen unsere Mitabnehmer überhaupt hinsichtlich des Zeitpunktes des Abdruckes ihrer Einwendungen ebensowohl am Nachsicht bitten, als unsere Leser wegen der Verpätung so mancher wichtiger Nachrichten. Am guten Willen, aber alles für uns Wichtige, und zwar schnellmöglich, zu berichten, fehlt es dem „Sozialdem.“ wahrlich nicht, desto mehr aber am nöthigen Raum hierzu.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen: mß. Afton, 28. Okt. Soeben Abends 9 Uhr ist das Urtheil in dem Prozeß der 13 hiesigen Sozialisten wegen Verbreitung der „Freiheit“ und „Theinomie an dem Verbrecher der Majestätseitelidigung“ erfolgt. Nachdem der Staatsanwalt Strafen von 10—15 Monaten beantragt hatte, wurden die Angeklagten, welche sich seit 8. September in Untersuchungshaft befinden, kostenlos freigesprochen!

Im unterzeichneten Verlag erscheint demnächst: **Rechenschaftsbericht** der **socialdemokratischen Mitglieder** des deutschen Reichstages. über ihre parlamentarische Thätigkeit während des Jahres 1878—79. Separatabdruck aus dem „Sozialdemokrat.“ Bestellungen auf dieses, für die Kenntniss der politischen Geschichte Deutschlands und der Stellung und Entwicklung der deutschen Socialdemokratie seit den Attentaten sehr wichtige Aktienstück werden schon jetzt entgegengenommen und zwar ausser beim Verleger bei allen bekannten Agenten des „Sozialdemokrat.“ sowie bei der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich. A. HERTER, Industriehalle, Riesbach-Zürich.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat.“ für November und Dezember werden für den Preis v. 2 M. (5. fl. 1. 20) für Deutschland und Oesterreich, Fr. 1. 40 für die Schweiz und Fr. 1. 70 für die übrigen Länder ausgeführt. Verlag des „Sozialdemokrat.“